

Tarnen und Täuschen

Wie die Gesamtschule durchgesetzt werden soll

Von Dieter Grillmayer

Der Verfasser dieses Aufsatzes ist kein Anhänger des heutzutage weit verbreiteten politischen Moralismus, der – nach Hermann Lübbe – den „Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft“ darstellt. Political Correctness (PC) und Gender Mainstreaming (GM) gehören zu seiner Familie. Wes Geisteswelt in der Aufklärung wurzelt, für den sind Vernunft und Erfahrung die einzig zulässigen Entscheidungshilfen. In Folge haben im politischen Leben „richtig“ und „falsch“ einen höheren Stellenwert als „gut“ und „böse“. Nichts bringt das treffender zum Ausdruck als der Kommentar Talleyrands zur Erschießung des Herzogs von Enghien: „Es war mehr als ein Verbrechen; es war ein Fehler!“

Diese Einleitung erscheint angebracht, wenn das Streitthema Gesamtschule auch einmal unter moralischen Gesichtspunkten beleuchtet werden soll. Von Seiten der Gesamtschul-Lobby wird das ja ganz im Sinne des politischen Moralismus laufend gemacht. Das gegliederte Schulsystem sei schlichtweg menschenunwürdig, weil es bereits Zehnjährigen irreversibel Lebenschancen zuteilt oder verweigert. Außerdem ginge der Wirtschaft dadurch wertvolles „Humankapital“ verloren. Ausgesprochen oder auch nicht werden seine Befürworter damit zu Bösewichten und Volksschädlingen gestempelt, denen es nur darum geht, die unterprivilegierten Schichten klein zu halten und ihre Kinder am sozialen Aufstieg zu hindern.

Die Statistik, wonach schon seit vielen Jahren die Maturanten der achtjährigen Gymnasien und Realgymnasien in der Minderheit sind, weil nämlich mehr als 50 Prozent der Studienberechtigten diese Berechtigung nach dem Besuch einer Hauptschule über eine Oberstufenform (AHS oder BHS) erwerben, straft diese Behauptung Lügen. Es kann wohl nicht sein, dass dieses Faktum der Gesamtschul-Lobby noch immer unbekannt ist. Das „Moral-Argument“ ist daher höchst unmoralisch.

An dieser Stelle ist die Frage legitim, warum die achtjährigen Maturaschulen überhaupt bleiben sollen, wenn es offensichtlich auch ohne sie geht. Die Antwort basiert auf rational nachvollziehbaren Prämissen und statistischen Werten: Zunächst ist dem oberflächlichen Argument, irgendeine besondere Begabung habe nahezu jedes Kind, mit der Feststellung zu begegnen, dass eine akademische Laufbahn vor allem eine intellektuelle Potenz voraussetzt. Wird diese bereits beim Zehnjährigen aktiviert, so erreicht der naturgemäß einen höheren Grad an Wissen, Können und Abstraktionsvermögen. Das beweisen auch die PISA-Tests. So ist etwa im österr. Expertenbericht zu PISA 2006 wörtlich nachzulesen: „Den betrachteten Ländern mit differenziertem Schulsystem gelingt offensichtlich die Förderung von Spitzenleistungen besser. Es zeigt sich, dass der Anteil der Spitzenleistungen bei einem späteren Erstselektionsalter abnimmt und Länder mit einem Gesamtschulsystem ... zusätzlich schlechtere Leistungen in Mathematik erreichen.“

Dass auch Hauptschulen, vor allem in ihren ersten Leistungsgruppen, intellektuell potente Schüler gut betreuen können, soll gar nicht bestritten werden. Allerdings wird die nach Leistungsgruppen gegliederte Hauptschule zugunsten einer nur mehr binnendifferenzierten Neuen Mittelschule (NMS) gerade abgeschafft. Besonders auf dem Land ist/war der Hauptschulbesuch daher eine durchaus brauchbare Alternative zu einer AHS mit weiten Anfahrtswegen. Im Übrigen wird in Österreich kein Kind, ganz gleich aus welchem soziale Umfeld, daran gehindert, ein Gymnasium oder Realgymnasium zu besuchen, sobald die intellektuellen Voraussetzungen dafür gegeben sind. Die Behauptung, begabte Kinder aus kleinen Verhältnissen würden durch das gegliederte Schulsystem am sozialen Aufstieg gehindert, ist also rundum ein Lügenmärchen.

Freilich ist es auch eine Tatsache, dass sogenannte „Arbeiterkinder“ in der Gruppe der Maturanten und Akademiker nach wie vor unterrepräsentiert sind. Das hat aber ganz andere Gründe als die von der Gesamtschul-Lobby behaupteten. Zunächst wird man genetische Prädestinationen nicht ausschließen können, was zwar politisch inkorrekt, aber wissenschaftlich unstrittig ist. Damit Hand in Hand geht das Bildungsbewusstsein in den entsprechenden Haushalten. Wenn ein Kind von zuhause nicht motiviert wird, Wissen und Können zu erwerben, das über die Bewältigung des täglichen Leben und die Befriedigung materieller Bedürfnisse hinausgeht, dann wird es auch kein Verlangen nach höherer Bildung entwickeln, und die Eltern werden eine über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehende Schulkarriere für ihr Kind gar nicht ins Auge fassen.

Im „Kurier“ vom 17.09.12 bestätigt Bildungsforscher Stefan Hopmann, wenn auch etwas verklausuliert, diesen Befund. Bildungsbewusstsein ist für ihn eine Eigenschaft des Bürgertums, dessen kulturelles Kapital von alters her das Gymnasium vermittele. Als die Sozialisten in den 1920er-Jahren „Bildung für die Massen“ forderten, da wollten sie kein anderes Schulsystem. Sie wollten Zugang zur bürgerlichen Bildung, befindet Hopmann. Dieser Anspruch ist heutzutage zweifellos erfüllt.

Eine bessere soziale Durchmischung in den Schulen der Zehn- bis Vierzehnjährigen durch Abschaffung der AHS-Langformen würde nichts bringen, fährt Hopmann fort: „Eine Zwangsintegration hat noch in keinem demokratischen Land auf der Welt funktioniert. In Deutschland hat man z. B. versucht, die Schulsprengel neu zu organisieren, damit es zur sozialen Durchmischung kommt. Was ist passiert? Die Eltern sind weggezogen. Oder: Wer in Finnland eine Wohnung sucht, der schaut zuerst, ob die Schule in der Gegend gut genug für sein Kind ist. Das hat soziologische Gründe: Eltern wollen ihren Vorsprung durch Bildung reproduzieren. Wenn ihnen die Schule das verweigert, holen sie sich diesen Vorsprung anderswo. Sie geben ihre Kinder in eine Privat-, Montessori- oder internationale Schule. Machen alle Kinder Matura, geht ihr Kind auf die Uni. Gehen alle auf die Uni, geht ihr Kind nach Harvard. So wird Bildung einigermaßen vererbt.“

Anstelle von Gesamtschulen empfiehlt Hopmann der Politik praktisch das Gegenteil, nämlich ganz gezielt jene Kinder zu fördern, die aus kognitiven, sprachlichen, kulturellen Gründen im herkömmlichen Schulsystem scheitern. „Aus wissenschaftlicher Sicht heißt die Lösung: mehr Geld für Schulen in Brennpunktzonen.“ Dieser Vorschlag korreliert nahezu perfekt mit der in meinem Buch „Bildung zwischen Anspruch und Zeitgeist“ vertretenen Meinung, die vorrangige Konsequenz aus PISA müsste die gezielte Förderung jener Kinder und Jugendlichen sein, die in der Volksschule nicht (sinnerfassend) lesen und nicht rechnen gelernt haben, von einer passablen Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift einmal ganz abgesehen. Die herkömmliche Hauptschule/NMS mit ihrem breiten Fächerkanon ist dafür ungeeignet; Schüler mit diesen Defiziten lernen dort so gut wie überhaupt nichts mehr, was durch Niki Glattauers Glosse im „Kurier“ jeden Montag neu belegt wird.

Warum ist eine solche Reform, anders als in der BR Deutschland, in Österreich kein Thema? Weil eine linke Schulpolitik wider alle Vernunft und Erfahrung an der Doktrin „Allen das Gleiche“ festhält, unterstützt von blauäugigen Bildungspolitikern und Landeshauptleuten der ÖVP, die auch einmal zu den „Guten“ gehören wollen. So schädigt der politische Moralismus gerade die Schwachen, deren Wohl ihm doch so sehr am Herzen liegt, indem er sie aus der Schule ins Leben als funktionale Analphabeten entlässt.

Tarnen und Täuschen ist bei der Kampagne pro Gesamtschule durchgängig angesagt. Ein weiteres Beispiel: Die Gesamtschule sei die Schule der EU und ihre Effizienz sei durch die PISA-Tests bestätigt worden. Wahr ist vielmehr, dass 30 Prozent der EU-Länder (Deutschland, Luxemburg, die Niederlande Österreich, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) nach wie vor achtjährige Maturaschulen führen und nur in Österreich eine heiße Diskussion darüber stattfindet. Und in den Ländern ohne AHS-Langform gehen alle Schulpflichtigen vielfach in Schulen, die viel stärker leistungsdifferenziert sind als das österr. Gesamtschulmodell NMS dies vorsieht. Über das Finnland-Modell berich-

tete Severin Vetter im GENIUS-Brief vom März/April 2011. Auch das Magazin „Readers Digest“ schenkte im September 2012 unter dem Titel „Erfolgsmodell Finnland“ diesem Thema Beachtung. Zu kritisieren ist allerdings, dass sich die Analyse auf eine Schule in Helsinki mit sehr vielen Zuwanderer-Kindern konzentrierte. Das ist für Finnland mit einem durchschnittlichen Migrantenanteil von zwei Prozent wohl nicht der Regelfall und daher nur bedingt geeignet, die Erfolge der Finnen bei den PISA-Tests zu begründen.

Schließlich sei noch auf die Unterrichtsministerin und ihre Amtsführung verwiesen. Inwieweit sie selber davon überzeugt ist, mit ihrer Gesamtschulpolitik das Richtige zu tun, weiß ich nicht. Vielleicht will sie damit nur ihren Ruf polieren und hört dabei, weil selber nicht vom „Fach“, auf die falschen Berater. Aber zweifelsfrei trägt sie für das, was geschieht, die Verantwortung. Insbesondere trifft das auf BM Schmieds schlechte Behandlung der AHS-Langformen zu, die sie finanziell aushungert und mit Hinweis auf reicheren Geldsegen zum Umstieg auf das NMS-System veranlassen will. Zumindest unter moralischen Gesichtspunkten erfüllt das den Tatbestand der Erpressung. Erfreulicherweise verurteilen diese unsaubere Politik immer mehr Österreicherinnen und Österreicher, die bei den Umfragen der Ministerin, die sich bis dato recht gut „verkauft“ hat, nun zunehmend schlechte Noten verpassen. Im Gegenzug konnte Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller zu Barbara Prammer, die bislang hinsichtlich Vertrauenswürdigkeit unter allen SPÖ-Politikern den Spitzenplatz einnahm, aufschließen, gefolgt von Franz Voves, dem Landeshauptmann der Steiermark. Seriöse Politik wird also offenbar doch noch als solche erkannt. Damit lebt auch die Hoffnung, dass unseriöse PolitikerInnen abgewählt werden.